



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordneten des SSW

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen sicher stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Aktivitäten der Landesregierung mit den Krankenkassen die Gesundheitskarte in Schleswig-Holstein schnellstmöglich einzuführen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, folgende Maßnahmen zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen weiterzuentwickeln und auszubauen und soweit erforderlich entsprechende Haushaltsmittel bereit zu stellen:

1. Sicherstellung einer zeitnahen medizinischen Untersuchung und Versorgung der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen,
2. Sicherstellung der Durchführung von erforderlichen Impfungen von minderjährigen und erwachsenen Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen gemäß Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (StiKo) beim Robert-Koch-Institut (RKI),
3. Stärkung der Notfallversorgung im stationären Bereich in der Nähe zu Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Überprüfung und bedarfsorientierte Anpassung der Anzahl der Planbetten in der stationären Gesundheitsversorgung,
4. Förderung der Traumabehandlung von Flüchtlingen,
5. Überprüfung der Rahmenbedingungen für eine schnellstmögliche Anerkennung der beruflichen Qualifikation von Flüchtlingen im Bereich der medizinischen und pflegerischen Versorgung.

Der Landtag bittet die Landesregierung darüber hinaus, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei der medizinischen Behandlung von Flüchtlingen in Krankenhäusern der sogenannte Mehrleistungsabschlag nicht angewendet wird bzw. in den Katalog der Ausnahmeregelungen aufgenommen wird.

Begründung:

Der Zugang von Flüchtlingen zur Gesundheitsversorgung ist in der Praxis mit Hemmnissen verbunden. Diese müssen abgebaut und der Zugang zu medizinischer Versorgung vereinfacht und verbindlich sichergestellt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen und weiter steigenden Flüchtlingszahlen, der Größe und Auslastung der Erstaufnahmeeinrichtungen ist eine zeitnah gesicherte Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen enorm wichtig. Sie ist sowohl in der individuellen Situation als auch zur Vermeidung von Erkrankungswellen sinnvoll und notwendig. Land und Bund stehen hier in der Pflicht, die Kommunen nicht alleine zu lassen, sondern bestmöglich zu unterstützen.

Bernd Heinemann
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW